

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Erscheint
wöchentlich drei Mal und
zwar Dienstag, Donner-
stag und Sonnabend. In-
sertionspreis: die Kleinsp.
Zeile 10 Pf.

Abonnement
vierteljährl. 1 M. 20 Pf.
(incl. Bringerlohn) in der
Expedition, bei unsern Bo-
ten, sowie bei allen Reichs-
Postanstalten.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

Nr. 18.

34. Jahrgang.

Donnerstag, den 10. Februar

1887.

Reichstagswahlen und Sozialdemokratie.

Als die Reichsregierung nach den beiden Atten-
taten das Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestreb-
ungen der Sozialdemokratie dem Reichstage vorgelegt
hatte, wies Fürst Bismarck bei Verteidigung der
Vorlage darauf hin, daß es mit der Unterdrückung
der sozialistischen Agitation allein nicht gethan sei,
daß vielmehr auch etwas Positives für die Arbeiter
geschaffen müsse, um deren berechnete Forderungen zu
erfüllen. Die Frage, wie und in welcher Weise den
Arbeitern geholfen werden sollte, war anfänglich der
Verständigung der Reichstagsparteien vorbehalten.
Diese waren aber in dieser Frage unter einander
und in sich noch mehr gespalten, als in rein politischen
Dingen. Die Kathedersozialisten standen den Man-
chestrern gegenüber, Zentrum und Christ-
lichsoziale wiederum wollten die Lösung oder wenigstens
Milderung der sozialen Frage vom kirchlichen Stand-
punkt aus versuchen und so kam es denn naturgemäß
zu keinen festen Vorschlägen. Schließlich nahm auf
Initiative des Kaisers die Reichsregierung selber die
Sache in die Hand und beschritt das Gebiet der so-
zialen Reformen; das Krankentafelgesetz und die Un-
fallversicherung sind die vorläufig gereiften Früchte;
die Invaliden- und Altersversorgung steht noch aus,
wird indessen vorbereitet; das gleiche ist der Fall hin-
sichtlich der Sonntagsruhe für die Arbeiter.

Wegen der gar zu vielen sich kreuzenden Interessen
ist die Förderung der sozialen Gesetzgebung nicht leicht,
wie man bei der Ausdehnung der Unfallversicherung
auf die Seefahrt und Seefischerei recht deutlich
beobachten kann. Die Fürsorge einzelner Parteien
für den Arbeiter gewinnt zudem leicht den Anschein,
als ob dieselbe nicht um der Sache selbst, sondern
um der Wahlen willen gezeigt werde. Die möglichen
wirtschaftlichen Verhältnisse haben des weiteren da-
zu beigetragen, die Arbeiter, besonders in den In-
dustriezentren, unzufrieden und mißtrauisch zu machen
und so hatten es denn diejenigen Agitatoren leicht,
die ihnen den Sturz alles Bestehenden, aller staat-
lichen und gesellschaftlichen Ordnung als den not-
wendigen Uebergang zu einer neuen Ordnung der
Dinge anpriesen, unter der die Arbeiter bessere Tage
haben würden.

Daß solche Zauberworte bei Leuten ihre Wirkung
nicht verfehlen, die sich einreden, sie hätten nichts zu
verlieren, ist erklärlich; sogar ein gut Stück Idealismus
kann man den Behörten noch zu gute halten; da
jeder Anhänger der Sozialdemokratie zugleich auch deren
Apostel wird, so ist es kein Wunder, wenn die Zahl
der sozialdemokratischen Stimmen sich trotz des So-
zialistengesetzes vermehrt. Man begreift daher auch,
wieso die sozialistischen Abgeordneten im Reichstage
die Verkündigung der Auflösung mit „Hurrah“ be-
grüßten.

Die Gefahr, die durch das Umsichgreifen der um-
stürzlerischen Ideen dem Reiche im Innern droht, ist
sicherlich eben so groß, wie die von außen. Das sollte
man in dem gegenwärtigen Wahlkampf nicht einen
Augenblick aus dem Auge lassen. Das Sozialisten-
gesetz verhindert eben nur den rohen Ausbruch eines
wilden Triebes; doch „ungebessert in der tiefen Brust
läßt es den Groll.“ Jede Verlegenheit der Regier-
ung und der einzelnen Parteien machen sich die So-
zialdemokraten zu Nute, die auf keine andere Partei
auch nur die geringste Rücksicht zu nehmen haben,
denen der Begriff des „Patriotismus“ ein längst
überwundener ist. Sie werden stets in der Lage des
„lachenden Dritten“ sein, wenn sich zwei andere streiten.

In Gegenden, wo selbst die Sozialdemokratie der
Natur der Bevölkerung nach entweder keine oder nur
wenige Anhänger hat, wird man diese Darlegung
vielleicht für übertrieben halten; in industriereichen
Gegenden dagegen wird man sie zu würdigen wissen.
Schule und Kirche, Militärdienstzeit sowie Belehrung
durch die Presse, das Verhalten der einzelnen Arbeit-
geber wie der ganzen bürgerlichen Gesellschaft gegen
den Arbeiterstand — alle diese Faktoren müssen kräftig
und zielbewußt zusammenarbeiten, um der sozialisti-
schen Hochfluth einen Damm entgegenzustellen; neben

der Sicherung des Reiches nach außen muß und wird
die Reichsregierung ihr Hauptaugenmerk auf den
Fortgang der sozialreformatorischen Gesetzgebung rich-
ten. Die Ausöhnung der Arbeiter mit dem Besteh-
enden, herbeigeführt durch werktätige Fürsorge für
die Arbeiterklasse, bedeutet den Niedergang der So-
zialdemokratie, — einen Niedergang, den, aus den
angeführten Gründen herbeigeführt, die ehrlichen
Sozialdemokraten hoffentlich selber herbeiwünschen.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Der „Reichs- und Staats-
Anzeiger“ bringt an der Spitze seines amtlichen
Theiles folgende Mittheilung: Sr. Majestät dem
Kaiser und König sind Anträge von Vereinen zuge-
gangen, durch welche letztere die gute Absicht äußern,
Allerhöchstenselben zur bevorstehenden Feier der
Vollendung des 90. Lebensjahres ihre
Gesinnungstreue und Verehrung durch persönliche
Huldigungen zu betheiligen. So wohlthunend diese
Kundgebungen Se. Majestät berühren, so sehen Aller-
höchstselben sich doch durch das Bedürfnis der
Ruhe und Schonung zu Allerhöchstihrem lebhaften
Bedauern genöthigt, auf derartige Beweise der Theil-
nahme zu verzichten. Directe und persönliche Kund-
gebungen dieser Art, welche zum 22. März geplant
werden sollten, würden daher im Interesse der Schon-
ung der Kräfte Sr. Majestät zurückzuhalten sein.
Um solchen wohlgemeinten Absichten zeitig vorzubeugen,
haben Se. Majestät zu bestimmen geruht, daß Aller-
höchstihre Willensmeinung durch die öffentlichen Blätter
zur allgemeinen Kenntniß gebracht werde. Berlin,
den 6. Februar 1887. Der Reichskanzler und Prä-
sident des Staats-Ministeriums. v. Bismarck.

— Graf Moltke erklärte einer konservativen
Wahldeputation gegenüber die Situation für
sehr ernst; wie die „V. P. N.“ hinzufügen, mit
der Ermächtigung, dies bekannt werden zu lassen.

— Stettin. Eine am Montag Abend in der
Brauerei hier selbst abgehaltene sozialdemo-
kratische Wahlversammlung wurde polizeilich auf-
gelöst. Da die Menge sich widersetzte, requirirte die
Polizei die Hilfe des Militärs. Beim Einschreiten
desselben mit aufgepflanztem Seitengewehr wurden
mehrere Personen verwundet, ein Mann soll den er-
haltenen Wunden bereits erlegen sein. Das Ver-
sammlungslokal wurde durch Steinwürfe demolirt.

— Oesterreich. Die jetzigen Kreditforde-
rungen in Oesterreich sollen den Nachrichten der
„Köln. Ztg.“ zufolge den folgenden Zwecken dienen:
erstens in Oesterreich die zurückgestellten Rekruten
einzuübren und in Ungarn die Ersatzreservisten der
vorigjährigen Contingente, die in gewöhnlichen Zeiten
erst am 1. April eingestellt werden, schon am 10.
Februar einzuberufen, zweitens den Pferdebestand der
österreichischen Kavallerieregimenter um ungefähr fünf-
zig Pferde im Regiment zu verstärken, drittens in
Galizien neue Magazine für Waffen, Munition und
Uniformen des Landsturmes zu errichten. Das ge-
nannte Blatt bemerkt dazu: „Daß alle diese Maß-
regeln lediglich der Verteidigung dienen sollen, ver-
steht sich nach der ganzen Natur der österreichischen
Politik von selbst. Daß dieselben aber gerade jetzt
für notwendig erachtet werden, ist für die Weltlage
immerhin bezeichnend.“

— Frankreich. Aus Paris wird der
„Köln. Ztg.“ geschrieben: „General Boulanger hat
eine neue Instruktion über den Infanteriekampf er-
lassen, welche selbst von seinen Feinden in anerkennens-
wertester Weise besprochen wird. Sie läßt die In-
fanterietaktik von den fremden Schlacken, welche sich
an dieselbe gehängt hatten, sie befreit den Infanterie-
kampf von dem ängstlichen Geiste der Defensiv-
wehr in der neuen französischen Sechsecksweise sich im-
mer mehr fähig machte und paßt sich in glücklicher
Weise dem lebhaften und leichtem Charakter der Gallier
an. Sie führt die Truppen zur Offensiv- und giebt
den Offizieren die Initiative und die Selbstständig-
keit wieder, welche sie fast ganz eingebüßt hatten.“

So etwa lautet das Urtheil selbst der französischen
Gegner des Generals, welche in immer größerer
Masse politisch und moralisch sich an den Mann
der Zukunft zu klammern beginnen. Hierin liegt
die Gefahr für die europäische Lage. Mag Boulanger
der große Mann der Zukunft sein oder nicht, augen-
blicklich hat er durch das Aufsehen, das sein persön-
liches Auftreten, seine zum Theil glücklichen Organi-
sationsvorschläge, seine Nachsichtigkeit gegen die radi-
kalen Elemente und seine militärischen Neuerungen
erregten, nicht nur die urtheillosen Massen auf seine
Seite gezogen, sondern auch eine Partei unter den
verständigeren Elementen für sich gewonnen; über-
dies ist das neue Reglement wieder ein wichtiger Hebel
geworden, durch welchen er einen großen Theil der ihm
widerstrebenden Offiziere an seine Person gefesselt hat.
Dieser neueste Gewinn des Kriegsministers würde nicht
so groß sein, wenn er nicht das schon gefährliche Gewicht
in der Waage der Volksgunst noch vermehren und schließ-
lich so beschweren dürfte, daß es der vereinten Kraft der
nüchternen Leute in Frankreich nicht mehr gelingen
wird, das Gleichgewicht wieder herzustellen. Daß dieser
General das Verhängniß seines Landes ist, sieht hier
in Paris Jedermann ein; auch ist jedem einsichtsvollen
Menschen klar, daß Europa sich heute noch in glück-
lichem Frieden und vollem Gleichgewicht befinden
würde, wenn nicht die aufreizenden Reden, die gefähr-
lichen Neubildungen und die fast eine Milliarde er-
reichende Anleihe, die dieser Mann mitten im Frieden
macht, alle Völker Europas in mißtrauischer Spann-
ung erhielten.“

— Ueber die Stimmung in Rußland
wird der „Voss. Ztg.“ von ihrem Petersburger Corre-
spondenten folgendes mitgetheilt: „Die zugespitzten
Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich
verfinstern die ohnehin sehr dunkle Politik Rußlands
noch mehr. Angesichts der im Westen drohenden
Kriegsgefahr erscheint die bulgarische Frage, um die
sich Rußland so lange mit besorgter Miene gemüht,
unbedeutend und unwesentlich, und, von dem im
Westen emporstehenden Konflikt abgelöst, kaum lös-
bar. Deutlicher zum Durchbruch gelangt die Ueber-
zeugung, daß ein blutiger Konflikt mit Oesterreich im
Moment um jeden Preis zu vermeiden sei, und Ruß-
lands vollständige Neutralität im Falle eines deutsch-
französischen Zusammenstoßes unbedingt notwendig
sei. Doch diese Neutralität wird der Ruhe des sich
schlafend stellenden Feindes gleichen, der nur den
richtigen Moment abwartet, um mit erhobener Waffe
vom Gegner Erfüllung seiner Forderungen zu verlangen.
Auch die vorzugsweise aus polnischen Quellen stam-
menden Nachrichten über russische Truppenbewegungen
ist wenig zu geben: doch außer Zweifel steht das
Faktum, daß Rußlands Rüstungen in aller Stille
bis zu dem Stadium gediehen sind, in welchem eine
Mobilisirungs-Ordnung nicht mehr überraschend kommt.
Die österreichischen Truppen, welchen im Falle eines
deutsch-französischen Krieges zur russischen Grenze
rücken, um Deutschland gegen Ueberraschungen von
der Ostgrenze her zu schützen, werden dort — das
ist kaum zu bezweifeln — eine russische Armee vor-
finden, deren Aufgabe wahrscheinlich erst nach einem
deutsch-französischen Feldzug beginnt, es sei denn,
daß unvorhergesehene Ereignisse einen russisch-öster-
reichischen Zusammenstoß herbeiführen. Das Pferde-
Ausfuhr-Verbot ist bisher die erste in die Oeffentlich-
keit gebrachte Maßnahme für den Fall eines Krieges,
doch alles, was im tiefsten Geheimniß zum Schutz
seiner Grenzen, zur Beschleunigung der Mobilisirung
und zur Vermeidung der im russisch-türkischen Feldzug
gemachten Fehler von Rußland gethan werden konnte,
wurde im Laufe der letzten Jahre, ohne Aufsehen zu
erregen, gethan. . . Auch die öffentliche Meinung
hat sich mit dem Fiasko Rußlands in Bulgarien
einigermassen versöhnt, die Presse mahnt, Rußlands
ganze Kraft für den „historischen Moment“ zu sparen,
der nach oder während eines deutsch-französischen
Krieges kommt. Abrechnung mit Deutschland, Re-
vanche für den Berliner Traktat — darin gipfeln die
Hoffnungen der russischen Publizisten, von denen die-
jenigen am lautesten schreien, welche einst die großen